

Erscheint wöchentlich Freitags.  
Zu beziehen nur durch die Post  
zum Preise von 1,20 Mk., fürs  
Ausland 1,50 Mk. vierteljährlich.

# Sattler-

Inserate kosten 50 Pfennig pro  
3gepaltene Petitzeile.  
Bei Wiederholungen entsprechen-  
der Rabatt.

# und Portefeuille-Zeitung

Organ zur Wahrnehmung der Interessen aller in der Sattlerei und der gesamten  
Lederverwarenindustrie und deren Nebenbetrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Nr. 5 .: 34. Jahrgang

Verlag und Redaktion: Berlin SO. 16, Brücken-  
straße 10b .: Telephon: Amt Moritzplatz, 2120

Berlin, den 6. Februar 1920

**Inhalt.** Beitragsleistung. — Wirtschaftsfragen der  
deutschen Leder- und Sattlerwarenindustrie I. — Zur  
Mitarbeiterarbeit. — Sitzung der Fachgruppe für Lederwaren-,  
Sport-Reisefertigkeitsindustrie und Sattlerei der Reichsarbeits-  
gemeinschaft der Lederwirtschaft. — Korrespondenzen. —  
Gewerkschaftliche Rundschau. — Ortsverwaltung Berlin. —  
Verwaltungsstelle Offenbach a. M. — Versammlungs-  
kalender. — Sterbetafel. — Anzeigen.

Die für die nächste Nummer bestimmten  
Artikel müssen spätestens Sonnabendnachmittag  
in Händen der Redaktion sein.

Für die Woche vom 9. bis 15. Februar  
ist der 6. Wochenbeitrag fällig. Nur wer dem  
Verbande gegenüber durch pünktliche Beitrags-  
leistung seine Pflicht erfüllt, sichert sich im  
Falle der Erwerbslosigkeit eine Unterstützung  
aus Verbandsmitteln.

**Achtung! Kollegen! Achtung!**  
Aus Zweckmäßigkeitsgründen werden die  
Kollegen in ihrem eigensten Interesse ersucht,  
bei Arbeitsannahme in anderen Städten sich zu-  
vor bei der dortigen Ortsverwaltung zu er-  
kundigen.

## Wirtschaftsfragen der deutschen Leder- und Sattler- warenindustrie.

I.

Wenn in früheren Jahren an dieser Stelle zu  
den Wirtschaftsfragen unseres Berufes Stellung  
genommen wurde, geschah es mehr oder weniger aus  
dem Grunde, einmal unserem Leserkreis diese Fragen  
näherzubringen, ferner aber auch die Stimme eines  
Arbeitnehmerorgans der Öffentlichkeit gegenüber zum  
Ausdruck zu bringen. Wir waren uns aber immer  
bewußt, daß die maßgebenden Stellen doch so han-  
deln würden, wie sie es für gut fanden, unbeschadet  
unserer Ansicht.

Das neue Deutschland ist nun gezwungen, die  
wirtschaftlichen Fragen etwas anders anzufassen und  
auch Rücksicht auf unsere Meinungen zu nehmen.  
Wir haben schon vor Jahren auf dem Standpunkt  
gestanden, daß die wirtschaftlichen Organisationen  
der Arbeitnehmer noch etwas anderes zu tun haben  
müssen als nur Lohnfragen zu erledigen. Das Stu-  
dium der Produktion und Wirtschaft muß zu den  
ständigen Aufgaben eines führenden Gewerkschafts-  
beamten gehören. Leider sind unsere Funktionäre  
von der ersten bis zur letzten Stelle so mit der Er-  
ledigung von technischem Kleinram überhäuft, daß  
ihnen viel zu wenig Zeit bleibt, all diesen Fragen  
näherzugehen, die heute unser eigenes Berufsleben  
berühren. Daß dieses sehr bald anders werden muß,  
ist vor einigen Tagen ausgesprochen und auch an-  
erkannt worden.

Die Tagespresse brachte in dieser Woche die be-  
unruhigende Nachricht, daß die gesamte Ausfuhr  
deutscher Lederwarenenerzeugnisse ver-

boten sei. In dieser lakonischen Kürze ist die Nach-  
richt allerdings falsch. Die Ausfuhr sämtlicher Ar-  
tikel des Zolltarifes VI (Leder und Lederwaren) ist  
nicht verboten, sondern wird von der Ausfuhr- oder  
Einfuhrbewilligung des Reichskommissars abhängig  
gemacht. Hiermit wird der Außenhandel in Leder-  
waren unter Kontrolle gestellt. Wir haben schon  
früher einmal darüber geschrieben, daß eine der-  
artige Kontrolle am Plage ist, um einmal die Waren  
nicht zu Schleuderpreisen an das Ausland zu ver-  
kaufen (Schleuderpreise gemessen am Welthandels-  
preis) und um unseren Markkurs nicht noch mehr,  
als wie er schon gesunken war, herabzudrücken. Auf  
der anderen Seite muß sich aber die ausländische  
Industrie und auch die Arbeiterschaft gegen eine  
derartige Schmutzkonkurrenz wehren. Seit dieser Zeit  
ist unsere Mark noch mehr im Werte gesunken und  
wird an einigen ausländischen Börsen, unterstützt  
durch die unliebjarmer Vorkommnisse in unserem  
eigenen Lande, kaum mehr notiert. Wir treiben mit  
vollen Segeln den österreichischen Zuständen ent-  
gegen, wenn nicht Wunder geschehen. Und im heuti-  
gen Zeitalter gibt es keine Wunder mehr.

Sodern also mit dieser Maßnahme eine gesunde  
Kontrolle im Interesse der allgemeinen Volkswohl-  
fahrt beabsichtigt wird, unterstützen wir diese Ver-  
ordnung. Wir würden es aber für verfehlt halten,  
wenn die deutsche Lederwarenindustrie hierdurch an  
ihrem Fortschritt gehemmt würde. Die Außen-  
handelsstelle, in der auch die Vertreter der Arbeit-  
geber und Arbeitnehmer mitraten, und auch unsere  
Organisation daran beteiligt ist, wird alles tun, um  
die berechtigten Interessen der Industrie zu schützen.  
Sodern es sich aber darum handelt, das Schick im  
Westen zu verstopfen, durch das viele Milliarden  
deutschen Nationalvermögens verschoben wurden,  
werden wir nicht zurückhalten, auch die Interessen  
des deutschen Volkes zu wahren.

Der Verband deutscher Lederwarenindustrieller  
hatte bereits vor dem Erlaß dieser verschärften Ver-  
ordnung sich bemüht, eine Zweigstelle der Außen-  
handelsstelle nach Offenbach, ins Herz der Industrie,  
zu bekommen. Wir haben schon bereits in der letzten  
Sitzung der Arbeitsgemeinschaft, die vorige Woche  
in Frankfurt tagte, zum Ausdruck gebracht, daß wir  
diese Bestrebungen unterstützen. Wie wir hören, soll  
dieser Wunsch Rechnung getragen werden und  
dürfte damit eine gewisse Beruhigung wieder ein-  
treten.

Man kann aber in Zweifel über die Absicht der  
Regierung geraten, wenn man am 28. Januar in  
der „Leder-Zeitung“ am Kopf des Blattes  
eine Marmotiz liest, in der es heißt, daß die  
bayerische Regierung beim Reichsrat vorstellig ge-  
worden sei, die Zwangswirtschaft in Häuten und  
Leder wieder aufzurichten. Man begründet dieses  
mit dem Mißbrauch und übertriebenen Gebrauch von  
Lederwaren und Luxusartikeln. Diese Artikel sollen  
nur noch für die Ausfuhr angefertigt werden, und  
diese hängt wiederum ab von der Erlaubnis des  
Reichskommissars.

Wir haben kein Geßl daraus gemacht, daß wir  
den gegebenen Umständen angemessen, aber nur

diesen, Gegner der Aufhebung der Zwangswirtschaft  
in der Lederbewirtschaftung waren. Selbst die mei-  
sten Arbeitnehmervertreter in der Lederwirtschaft  
hatten uns verlassen und standen wir fast allein. Was  
wir vorausgesagt haben, ist vollends eingetroffen, die  
Lederpreise sind ins Unermessliche gestiegen und stei-  
gen unablässig. Minister Schmidt hat die Schäden  
in der Lederwirtschaft richtig erkannt, glaubt aber  
selbst von der Wiedereinführung der Zwangswirt-  
schaft absehen zu sollen. Wir folgen ihm in dieser  
Ansicht, denn die Wiedereinführung dieser Zwangs-  
bewirtschaftung in der Lederindustrie würde unseres  
Erachtens kaum etwas bessern. Wir leugnen nicht  
die Tatsache, daß der Einfuhr von Häuten und Fellen  
durch den tiefen Valutastand unseres Geldes fast  
unüberwindliche Schwierigkeiten erwachsen sind,  
unter denen das gesamte Gewerbe, namentlich auch  
die Lederhersteller, stark getroffen werden. Wird  
aber die Lederwirtschaft gesunden, wenn die Pro-  
duktion in Lederwaren eingestellt wird? Wir glauben  
kaum. Einmal bestreiten wir auch den übertriebenen Luxus  
auf diesem Gebiete. Wenn wir einen Blick nach  
Berlin W. werfen, so fallen jedem Beobachter mehr die  
überaus langschäftigen Damenstiefel auf als  
luxuriöse Damentaschen. Unsere Produktion arbeitet  
immer noch sehr stark mit Imitationen, sei es in  
Leder, Futterstoff oder Beschlägen. Die Technik und  
die Kunst unserer Arbeiter hat trotz minderwertigem  
Material sehr achtunggebietende Erfolge erzielt. Aber  
heute sieht mancher Laie eine Sache als Luxus an,  
die der Fachmann als minderwertig bezeichnet. So  
hat man beachtlich, Erzeugnisse aus glattem Rind-  
leder, also Qualitätsware, steuerfrei zu lassen, da-  
gegen mit künstlichen Naumen bepreßte Spalte als  
Luxuswaren anzusehen. Es ist wirklich die höchste  
Zeit, daß Sachleute ein Wörtchen mitzureden haben.

Warum soll nun aber die Produktion der Leder-  
waren getroffen werden? Etwa um mehr Leder  
für die Fabrikation von Schuhen und Stiefeln zu  
haben? In diesen Miß glauben wir nicht mehr.  
Die „Deutsche Sattler-Zeitung“ wendet  
sich mit Recht gegen die Bestrebungen, immer nur  
Leder für die Schuhindustrie zu reservieren. In der  
Tat, wir haben keine Stiefel in der Zwangswirt-  
schaft gehabt und haben auch heute keine, aber es  
ist schon richtig, daß die Läger und die Läden  
brechend voll Stiefel sind, aber kaufen kann sie nie-  
mand infolge der fabelhaften Preise. Auf diesem  
Gebiete scheinen uns die Mängel zu liegen und nicht  
in der Lederwarenindustrie. Die Reichsarbeits-  
gemeinschaft, die voraussichtlich in der ersten Hälfte des  
Februar in Berlin zusammentritt, wird zu diesen  
Dingen Stellung zu nehmen haben.

Es ist auch nicht volkswirtschaftlich gedacht, eine  
Industrie, die Luxuswaren erzeugt, den Lebensnadeln  
abzubinden. Ueber den Begriff Luxus läßt sich sehr  
streiten. Achtzig Prozent der Lederwaren sind sicher  
notwendige Bedarfsartikel und die übrigen 20 Pro-  
zent werden aus Mangel an geeignetem Material  
heute nur in sehr beschränktem Umfange hergestellt.  
Auch lehnen wir es ausdrücklich ab, den von Wer-  
ter Rathenau geäußerten Gedanken zu folgen,

Die umgewertet auf unsere Industrie, darauf hinausliehen, nur ein oder zwei Sorten Trepsors oder Damentaschen anzujertigen, alles nach einer Schablone und einem Muster. Mit dem Augenblick derartiger Produktionsmethoden sind wir für immer ein Ausfuhrland gewesen.

Die Blüte des deutschen Handels und der Produktion vor dem unglückseligen Kriege lagen einzig und allein in der Tatsache zusammengefaßt, daß das deutsche Volk ein Land der Verbraucher geworden war. Nicht zuletzt wird man den Aufschwung Deutschlands den Gewerkschaften mit zuschreiben müssen, die es verstanden haben, Millionen von Arbeitern und Volksgenossen über das klägliche und beschreibene Dasein eines Arbeiters der sechziger und siebziger Jahre des vorigen Jahrhunderts hinwegzujubeln und ihn als Verbraucher und demzufolge als Befruchter der Produktion wirken zu lassen.

In dieser Entwicklung vom einfachen Agrar zum Industriebaum sind unsere Gewerkschaften entstanden und haben an dem Aufstieg der deutschen Volkswirtschaft ihr redlich Teil mitgewirkt.

Soll Deutschland neu entstehen, so wird es da wieder anfangen müssen, wo die rauhe Kriegswirtschaft unsere Produktion zerstörte.

Die deutsche Leder- und Lederwarenindustrie beruht auf einem weit ausgedehnten Austausch von Roh- und Fertigwaren. Es dürfte aber kaum eine Zeit gegeben haben, in der wir mehr auf den Außenhandel angewiesen sind als heute.

Es wird also die Aufgabe unserer Vertreter sein, die Interessen unserer Industrie vollaus zu würdigen und zu wahren und mit dem Wohlergehen der allgemeinen Volkswirtschaft in Einklang zu bringen.

B.

## Zur Akkordarbeit!

In Nr. 52 unserer Zeitung stand ein Artikel: „Zurück zur Akkordarbeit“, der meines Erachtens berichtigt werden muß, da er zwar Tatsachen anführt, aber die inneren Gründe, die zu diesen Tatsachen führen, gänzlich unberücksichtigt läßt. Es wird gesagt, Akkordarbeit ist die fundamentale Methode, die allen höheren Formen zur Basis dient. Ich behaupte, daß bei der heute üblichen Arbeitsteilung und Zettelkontrolle sich sehr wohl die Akkordarbeit vermeiden läßt, denn auch diese Entlohnungsform hat als Voraussetzung, daß festgesetzt wird, welches Arbeitsquantum in einer bestimmten Zeit fertigzustellen möglich ist. Da nun bei Massenfertigung die Arbeitsleistung des einzelnen Arbeiters durch mitlaufende Arbeitszettel leicht kontrolliert werden kann, wird sich die Mehrzahl der Arbeiter auch bei Lohnarbeit Mühe geben, die entsprechende Arbeitsleistung zu schaffen, um nicht als faul oder minderleistungsfähig zu gelten. Voraussetzung dazu ist natürlich immer, daß die ausführenden Arbeiter die Zeiten, die für eine bestimmte Arbeit gebraucht wird, festsetzen, ebenso auch den Akkordlohn, der nach der gebrauchten Zeit leicht zu berechnen ist. Es darf nicht wieder die Unsitte eintreten, daß diejenigen, die die Arbeit nicht ausführen, wie Meister, Werkführer oder Geschäftsführung die Zeiten oder Preise bestimmen, lediglich, um eine bestimmte Profitrate zu erzielen. In gut organisierten Betrieben wird das auch nicht leicht der Fall sein; immerhin gibt es, auf der Gut zu sein, denn Anläufe dazu werden immer noch versucht. Ob also Akkord- oder Zeitlohn, bei Massenfertigung und Massenfertigung, die heute üblich, wird immer eine bestimmte Arbeitsleistung erzielt werden, die eine gesicherte Kalkulation und Rentabilität gewährleisten. Und bei Einzelanfertigungen oder Reparaturen ist bis jetzt immer der Zeitlohn üblich und anderes gar nicht möglich. Ist ausnahmsweise eine andere Berechnung eingeführt, dann handelt es sich um immer wieder vorkommende Arbeiten in bestimmten Berufen, z. B. in der Schuhmacherei, wo eine gewisse Erfahrung auch bei Einzelleistung oder Reparatur möglich ist. Wenn trotzdem die Akkordarbeit von den Arbeitgebern bevorzugt wird, so nie aus dem Grunde, weil es immer Arbeiter geben wird, die besonders viel schaffen können, oder die mit ihrer Gesundheit Raubbau treiben, und weil durch die dadurch entstehenden ungleichen Verdienste die Uneinigkeit unter den Arbeitern gefördert wird und ein Druck auf die Preise ausgeübt werden kann, natürlich beides zum Vorteil des Arbeitgebers. Nun zu den tatsächlichen Angaben. Es wird da angeführt, daß in den Eisenbahnwerkstätten 1913 und 1914 auf 100 Arbeiter vierteljährlich 20 Lokomotiven herausgebracht wurden, im ersten Vierteljahr 1919 nur 11, im zweiten sogar nur 8 Lokomotiven. Dasselbe im ersten Halbjahr 1919 eine gewisse Arbeitsunlust vorhanden war, kann zugegeben werden; es war Revolutionsstimmung und

Unruhe. Jetzt werden die Arbeitsleistungen jedenfalls schon höher sein. Dann müssen aber auch die tatsächlichen Produktionsverhältnisse berücksichtigt werden. Ein Fachmann aus der Eisenbranche sagt, daß man vor dem Kriege gute Stahlwerkzeuge hatte, die bei schnellem Gang beinahe glühend werden konnten, und trotzdem einen großen Spahn fortnehmen. Jetzt wird vielfach mit halber Tourenzahl gearbeitet, nur ein schwacher Spahn abgedreht, und da der Schaft des Schneidestahls nicht aus Stahl besteht, verbiegt er sich leicht, und es muß angehalten werden, um wieder alles neu einzurichten. Früher hat ein gelernter Arbeiter zwei Maschinen bedient, da er sich auf Werkzeug und Material verlassen konnte, heute muß er der ständigen Beaufsichtigung wegen noch einen Hilfsarbeiter haben, was allein schon eine Verdoppelung der Belegschaft, also eine Verminderung der Arbeitsleistung pro Kopf um die Hälfte bedingt. Dann häufige Störungen durch Riemenbruch, und vor allen Dingen kommen bei den Eisenbahnwerkstätten, von denen dort die Rede ist, nur Reparaturen in Frage, und jeder Laie weiß, daß das gesamte Betriebsmaterial sich heute in schlechterem Zustand befindet als früher, also bedeutend mehr Arbeit erfordert. Man sehe sich nur einmal die reparierten Schienen an, aus zwei, drei und vier Stücken zusammengesetzt mit den entsprechenden Holzleisten. Daß eine solche Reparatur oft die vier- und fünffache Arbeit erfordert, wird selbst einem Nichtfachmann klar. Berücksichtigt man noch die kürzere Arbeitszeit, die früher 9 Stunden, während des Krieges meistens 11 Stunden betrug, so kommt man zu dem Schluß, daß das Arbeitsergebnis noch ein relativ günstiges ist, und der deutsche Arbeiter immer noch den Ruf als fleißige Arbeitsbiene verdient, den er hatte. Nun noch zur Michtigstellung einer direkten Unarbeitszeit. Im weiteren Verlauf des Artikels auf Seite 275 wird behauptet, daß infolge der Arbeitsunlust die Produktion so teuer wird, daß manche Betriebe geschlossen werden und die Arbeit ins Ausland geht, da wir bei den hohen Produktionskosten nicht mehr konkurrenzfähig sind. Weinade jedes ältere Schulkind weiß heute schon, daß das Gegenteil der Fall ist, daß wir trotz der sogenannten hohen Löhne Schmutzkonkurrenz nach dem Ausland treiben und alle Waren wegen ihrer relativen Billigkeit uns weggekauft werden. Und solche verkehrten Ansichten werden aus der „Neuen Zeit“ übernommen; früher das angesehenste wissenschaftliche Organ der Sozialdemokratie, aus welchem alle Gewerkschafts- und Parteiführer ihr geistiges Rüstzeug holten. Ich muß auch unserer Redaktion den Vorwurf machen, daß sie solche Artikel ohne einen Kommentar übernimmt. Ich glaube, auch in unserer Gewerkschaft etwas von innerer Reorganisation zu spüren, es scheint dies aber unsere Redaktion nicht berührt zu haben. Auch unsere Gewerkschaft hat in letzter Zeit viele Neuaufnahmen zu verzeichnen, wenn man die neuen unaufgeklärten Mitglieder mit derartigen Scheißereien, um nicht Verleumdungen zu sagen, beschäftigt, dann können ja eigenartige Resultate erzielt werden. Geistig höher stehende Mitglieder werden von solchen Ausführungen so angeekelt, daß sie am liebsten davonlaufen möchten. Zum Schluß gibt es in dem Artikel noch einen Seitenhieb auf den Kommunismus. Nun, der denkende Arbeiter weiß, daß es keinen Stillstand gibt; der Kapitalismus hat den Feudalismus abgelöst, die nächsten Formen werden Sozialismus und dann Kommunismus sein, wenn es auch manche Leute nicht wahr haben möchten. Um aber einen Fortschritt zu erzielen, muß man nicht auf Gestern sehen, sondern auf das Morgen. Man muß vorwärts treiben und nicht hemmen.

M. Jaßland.

## Sitzung der Fachgruppe für Lederwaren-, Sport- Reifartikellindustrie und Sattlerei der Reichsarbeitsgemeinschaft der Lederwirtschaft.

Im gegenseitigen Einverständnis der beiden Vorsitzenden, Dr. Traß-Offenbach und Kollege Blum = Berlin, wurde die erste Sitzung der Fachgruppe nach Frankfurt a. Main für den 20. Januar, nachmittags 3 Uhr, in die historische Geschlechterstraße im Römer eingeladen.

Von den Arbeitgebern waren erschienen die Herren Dr. Traß, Brody, Wiscki, Rich, Rahm, alle aus Offenbach. Ferner die Herren Schindluis R. Winter, Leipzig, Schwarzenberger, J. Kiffinger-Mürnberg, M. Horn-Bamberg. Am anderen Tage erschienen die Berliner Vertreter, die Herren Dr. Höfl und Schumann. Von den Arbeitnehmern waren erschienen die Kollegen Blum, Gottschalk, Blume-Berlin, Höf, Krüger-Offenbach, Busch-Leipzig, Eisner-Dresden, Schramm-Mürnberg und Rieneder-Frankfurt.

Als erster Punkt der Tagesordnung war die Beratung der Lohnforderungen vorgesehen, die von

unserem Vorstand am 24. Dezember eingereicht waren. Kollege Blum begründete mit kurzen Worten den Stand der Einkommensverhältnisse unserer Arbeiter und Arbeiterinnen und verwies im besonderen auf die durch die Milliardenprämie entstandene Situation, durch welche unsere Forderungen überholt seien. Die Zentralarbeitsgemeinschaft hat sich bereits am 24. Dezember für eine besondere Zulage zu den bestehenden Löhnen entschieden und den Reichsarbeitsgemeinschaften empfohlen, örtliche Regelungen herbeizuführen. Rechner ist aber der Meinung, daß die Abgeltung dieser Zuschläge jetzt mit verhandelt werden kann und stellt daher im Auftrage der Arbeitnehmervertreter neue Forderungen, und zwar für die Sonderklasse 100, I. Kl. 90, II. Kl. 80, III. Kl. 70, IV. Kl. 60 v. Hundert des Grundlohnes als Teuerungszulage.

Herr Rahm präzisiert den Standpunkt der Arbeitgeber, die wohl die Not anerkennen, jedoch zunächst sich ziemlich reserviert verhalten. Der Vorschlag lief zunächst darauf hinaus, die jetzigen Teuerungszuschläge zu belassen und Stundenzuschläge zu gewähren, die nach den Ortsklassen verschieden gestaffelt sein sollten und die Arbeitsklassen in drei bis vier Abteilungen zusammenfassen. Die Diskussion über diese Fragen verlief recht anregend, und beteiligten sich unsere Kollegen Höf, Gottschalk, Blum und andere an der Debatte. Schließlich nach wiederholten gesonderten Beratungen gaben die Unternehmer ihren Standpunkt auf, und stellte man sich auf den Boden unserer Forderungen. Es blieb nun noch der Streit um die Höhe der Zuschläge. Abends 9 1/2 Uhr war die Sache auf dem sogenannten toten Punkt angelangt, und wurden die Verhandlungen vertagt. Am anderen Morgen brachten die Berliner Herren wieder neuen Stoff in die Verhandlungen, bzw. war man genötigt, bereits Gesagtes noch einmal zu wiederholen. Auch wagte sich der Gedanke der Stundenzuschläge wieder vor. Im Laufe des Vormittags klärte sich doch das Gesechtsfeld, und es entstand dann nach dem letzten Vorschlag unseres Kollegen Blum in bezug auf die Höhe der Teuerungszuschläge der in der letzten Nummer unserer Zeitung veröffentlichte Nachtrag, der nun an das Tarifamt zur Entscheidung ging.

Am anderen Tage nach Schluß der Tarifantsetzung trat die Fachgruppe nochmals zusammen, um zu einigen wichtigen Fragen Stellung zu nehmen. Vor allen Dingen wurde die Gründung einer Außenhandelsstelle in Offenbach besprochen und die Fragen, die wir in unserem heutigen Leiter berührten. Ferner wurde die Eingabe des Verbandes deutscher Lederwarenumbristeller an das Reichsfinanzministerium, betreffend die Umsatz- und Luxussteuer durchgesprochen, worauf wir noch in nächster Nummer u. Z. zurückkommen werden. Weiter kam die amtliche Lohnstatistik zur Sprache, und wurden 60 Firmen benannt, bei denen in der Zeit vom 2. bis 28. Februar eine amtliche Erhebung über die Löhne der Arbeiter und Angestellten vorgenommen werden soll. Die Bearbeitung dieser Materialien erfolgt durch das Statistische Reichsamt. Zum Schluß wurde der Etat der Fachgruppe aufgestellt, der wesentlich beeinflusst ist durch die permanente Tätigkeit der Ausnahmestelle für den Reichsarbeitsrat und durch das Tarifamt. Für das laufende Jahr wurden 10 500 Mark, abzüglich 1000 Mk. für Einnahmen aus dem Verkauf des Reichsarbeitsrates und seiner Nachträge, in Vorschlag gebracht, die je zur Hälfte von dem Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen getragen werden.

Ein Bericht über die Verhandlungen vor dem Tarifamt erfolgt von Offenbach aus.

## Korrespondenzen.

Berlin. Die außerordentliche Generalversammlung der Ortsverwaltung Berlin befaßte sich am 22. Januar zunächst mit der Aufstellung der Kandidaten zum Verschmelzungsverbandsstag in Halle. Kollege Wehber berichtet, daß im Februar eine neue Versammlung stattfindet, in welcher Stellung genommen werden soll zu den Anträgen zum Verbandsstag. Als Kandidaten wurden aufgestellt die Kollegen Gottschalk, Blume, Ogdrowski, Gromwald, Wuselmann, Johann Hoffmann, Schüttle, Hise, Lewin und Cain. Von diesen Kollegen werden fünf am 7. Februar durch Urabstimmung zum Verbandsstag delegiert.

Sodann gab Kollege Wehber Erläuterungen zu dem gedruckt vorliegenden Rassenbericht vom 4. Quartal 1919. Die Einnahmen für die Hauptkasse betragen mit dem Zuschuß der Hauptkasse (36 000 Mk.) 83 431,55 Mk. Unter den Ausgaben für die Hauptkasse sind 40 574 Mk. für Streiks vorhanden. Es konnten 26 681,08 Mk. an die Hauptkasse abgeführt werden. Die Lokalkasse hatte einen Bestand und Einnahme von 40 472 Mk. und eine Ausgabe von 18 700,50 Mk. Es ist also ein Bestand von 21 772,07 Mark vorhanden, jedoch sind die Anteile am Gewerkschaftshaus hierin mit enthalten. Der Bestand und die



Einnahme der Berliner Verwaltungskasse betrug mit einem Zuschuß aus der Lokalkasse 8612,47 Mk., die Ausgabe 5981,47 Mk. Am Schlusse des Jahres war ein Mitgliederbestand von 4702 vorhanden, darunter 651 weibliche, also ein Zugang von 41 Mitgliedern. Dem Kassierer wurde einstimmig Entlastung erteilt und der Bericht debattelos zur Kenntnis genommen.

Unter „Verschiedenes“ wurden zwei schriftliche Anträge und eine Resolution eingebracht. Beim Antrag der Kollegin Frau Driesch kam es zu einer heftigen Auseinandersetzung zwischen den Kollegen Kreplin und Gronwald einerseits und Kollegen Gronwald und Frau Driesch andererseits. Der Antrag der Frau Driesch kam nicht zur Abstimmung; es wurde beschlossen, zur Tagesordnung überzugehen. Der Antrag des Kollegen Bruta, eine Tellerversammlung für die politisch Inhaftierten zu veranstalten, wurde angenommen. Die Resolution des Kollegen Frisch Koch wurde gegen wenige Stimmen angenommen. Die Resolution lautet: „Die am 22. Januar in Böfers Festsaal tagende Versammlung der Ortsverwaltung Berlin des Verbandes der Sattler und Portefeuller protestiert auf das schärfste gegen das Verbot der „Freiheit“. Es ist als eine wirtschaftliche Schädigung eines großen Teils der Kollegenchaft zu betrachten, da die „Freiheit“ Publikationsorgan unserer Verwaltungsstelle ist. Wir fordern die sofortige Aufhebung des Verbots, weil es sich mit den gewerkschaftlichen Grundsätzen nicht vereinbaren läßt, gegen einen Teil der gewerkschaftlich Organisierten einen Ausnahmezustand zu verhängen. Außerdem fordern wir aus demselben Grunde die Aufhebung des Belagerungszustandes, welcher sich nur gegen die Mehrheit der Berliner Arbeiterschaft richtet und in der inhumansten Weise ausübt wird. Der Vorstand wird beauftragt, sofort die nötigen Schritte in dieser Angelegenheit zu unternehmen.“

Kollege Gronwald stellte den Antrag, den Angehörigen und den Hülfskräften der Berliner Verwaltung eine monatliche Teuerungszulage von 150 Mark zu gewähren. Er begründet den Antrag damit, daß der Vorstand und Ausschuß den Zentralangestellten ebenfalls 150 Mk. bewilligt habe und es Beschluß der Berliner Generalversammlung sei, die Ortsangestellten nicht schlechter zu stellen. Die Zulage soll rückwirkend vom 1. Januar 1920 sein. Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen.

Kollege Lattenstein wollte noch auf die blutigen Opfer des 13. Januar eingehen und stellte die Behauptung auf, man habe die Arbeiterschaft durch Terror aus den Betrieben gelockt. Ueber dieses Auftreten des Kollegen Lattenstein brach ein Tumult aus und konnte er nicht weiter reden, da die Kollegen nach Hause gehen wollten. Der Redner mußte seine Ausführungen abbrechen.

**Berlin.** (Geschirrs- und Militärbranche.) Mit großer Entrüstung nahm die stark besuchte Versammlung den Bericht des Branchenleiters über das Verhalten der Firmen Deutscher Offizierverein, Pose, Fischer, Reinhardt und Guiremand entgegen. Auf Drängen unserer Ortsverwaltung hatten die Berliner Lederwarenfabriken in ihrer Versammlung beschlossen, ihren Mitgliedern zu empfehlen, unseren Kollegen in Anbetracht der Teuerung eine Weichnachhilfe zu gewähren. Ueber 80 Proz. der Fabrikanten sind dem nachgekommen und haben 60—120 Mark ausgezahlt; es sind auch kleine Firmen der Geschirrsbranche darunter. Die oben bezeichneten Firmen haben wohl die Notlage anerkannt, aber das wichtigste unterlassen und nichts ausgezahlt. Diese Firmen haben während des Krieges ganz beträchtliche Kriegsgewinne erzielt und hätten wohl in erster Linie Opfer bringen können, aber bei den Leuten herrscht schon von jeher der Wahlspruch: Selber essen macht fett! Daß die Kollegenchaft etwas mehr auf dem Posten ist wie beim Abschluß des Reichstaxtarifs der Militärattiller, ist den Herren sehr unangenehm; dieser Tarif hat ihnen doch zu sehr gefallen und ist jetzt von ihnen nicht viel mehr als der Mindestlohn von 2,76 Mk. herauszubekommen. Ferner wurde beschlossen, den Tarif für die Innungsbetriebe zu fündigen.

Sodann wurde vom Vorsitzenden, Kollegen Hoffmann, der Jahresbericht gegeben und zur Wahl der Branchenleitung geschritten. Kollege Hoffmann, welcher schon zirla 10 Jahre Branchenleiter ist, wurde einstimmig wiedergewählt. Der Kollege Swobert wird von der wasserdichten Branche vorgeschlagen als 2. Vorsitzender und vom der Versammlung beauftragt. Als Schriftführer wird der Kollege Hermann Nooß gewählt.

**Berlin.** In der am 29. Januar abgehaltenen Jahresversammlung der Reiseartikel- und Portefeullerbranche gab Kollege Gottschalk den Jahresbericht und anschließend der Bericht von den Verhandlungen in Frankfurt a. Main. Gleichzeitig wurden die Neuwahlen der Branchenleitung und der Agitationskommission vorgenommen. Kollege Gottschalk hob hervor, daß in den 9 Monaten des Berichts die Tätigkeit der Leitung infolge der kurzfristigen Verträge eine ziemlich umfangreiche war. Dem Ver-

trage vom Mai folgte das Abkommen im Juni, welches allerdings erst nach einem mehrwöchigen Streit zustande kam. Beteiligt an diesem Streit waren 1115 Kollegen und über 300 Kolleginnen. Der Spruch des Schlichtungsausschusses konnte nicht als befriedigend angesehen werden. Dann kamen die Reichstaxtarifverhandlungen, die, nachdem Anfang Juni kein Ergebnis zustande kam, im August den jetzigen Tarifvertrag brachten. Auch dieser konnte nicht befriedigen, da ein erheblicher Teil der Kollegen leer ausging. Stattdessen haben 7 Branchenversammlungen, 8 Vertrauensmännerjungen, 28 Sitzungen der Kommission, 125 Werkstättensitzungen und 8 Arbeitsgemeinschaftssitzungen, wo 71 Firmen wegen Tarifbruch angeklagt waren. Um die Betriebe ganz zu erfassen, schlägt Kollege Gottschalk vor, die Kommission auf 18 Kollegen zu verstärken und unabhängig davon die Branchenleitung zu wählen. Portefeuller- und Koffergruppe wählen je drei, Groß- und Kleinstangengruppe je zwei, dazu je ein Kollege aus fünf kleineren Gruppen und drei Kolleginnen.

In der Diskussion stellte Kollege Dauner fest, daß auch schon früher von der Arbeitsgemeinschaft Geldstrafen verhängt wurden. Dann erläuterte Kollege Gottschalk die neue Teuerungszulage. Er schildert, wie versucht wurde, der plötzlich hereindringenden Teuerung entgegenzutreten. Es muß aber festgestellt werden, daß die Fabrikanten sehr wenig Verständnis für die Notlage der Arbeiterschaft hatten; konnten sie sich doch nicht aufraffen, einen bindenden Beschluß in der Frage der Wirtschaftshilfen zu fassen, was zur Folge hatte, daß viele Arbeiter nichts oder wenig bekamen. Er bittet, dem Erreichten (morüber an anderer Stelle der Zeitung berichtet wurde) die Zustimmung zu geben, da alles getan worden ist, was notwendig war. — Kollege Lattenstein bringt eine Entschließung ein, worin die Branchenleitung ersucht wird, neue Verhandlungen anzubahnen, da das Erreichte nicht mit der Teuerung Schritt hält. Allgemein wird die klare Fassung hervorgehoben. Kollege Weinschild wendet nichts gegen das materiell Erreichte ein, hält es aber für einen schweren Fehler, daß generelle Forderungen nicht erhoben werden dürfen. Er ruft den Widerspruch der Kollegen hervor, und Kollege H. Schmidt nebst Gottschalk in seinem Schlusswort stellen fest, daß dadurch der einzelne Kollege in seiner Bewegsfreiheit nicht gehemmt ist und dies in früheren Verträgen auch Geltung hatte. Die Mehrheit der Versammlung stimmte den neuen Teuerungszulagen zu. — Bei der Neuwahl wird der neue Modus angenommen. Zum Branchenleiter wurde einstimmig Kollege G. Schmitt, als 2. Vorsitzender Kollege Koch und zum Schriftführer Kollege M. Blume gewählt. Die Agitationskommission stellt sich zusammen aus den Kollegen Ogdowoski, Garius, Bruta, Zimmermann, Ehrhoff, Herm. Schulze, Wolff, Schönfeld, Otte, Pentzschke, Blumberg, Gain, Schmidt, Gieler, Gilke und den Kolleginnen Wolff, Müller und Hörer. Die Versammlung war stark überfüllt.

**Glemnitz.** Am 24. Januar 1920 fand in Lungwitz' Restaurant unsere Generalversammlung statt. Nach eingegangenem Antrag führt der Gesamtvorstand die Geschäfte bis zur Verschmelzung weiter. Die Unterstützungen der Lokalkasse werden bis zur Verschmelzung doppelt ausgezahlt, da der Beitrag ebenfalls schon erhöht ist. Gerügt wurde noch das Verhalten der Hauptverwaltung bei einer Lohnbewegung, wo unsere Kollegen in Mitleidenschaft gezogen waren und die Auszahlung der Unterstützungen nicht gestattet wurde, hingegen bei anderen beteiligten Verbänden dies sofort geschehen konnte. Die Versammlung war regulär besucht.

**Obershausen.** Sonntag, den 25. Januar, tagte im Lokal „Zur Sonne“ die letzte Generalversammlung der Verwaltungsstelle Obershausen. Kollege Bürkel gibt den Kasfenbericht, der eine Einnahme von 1563,55 Mk. und eine Ausgabe von 104 Mk. für Krankunterstützung, 119,88 Mk. für die örtliche Verwaltung sowie 191,55 Mk. an die Bezirkskasse aufweist. Die Lokalkasse hat einen Bestand von 42,40 Mark. Der Mitgliederstand erhöhte sich von 133 männlichen und 21 weiblichen auf 156 männliche und 45 weibliche Mitglieder, insgesamt eine Zunahme von 47 Mitgliedern. Kollege Winter berichtet von der Bezirkskonferenz in Offenbach. Kollege Krüger von Offenbach ergänzt die Ausführungen und gibt die Beschlüsse der erweiterten Ortsverwaltung bekannt, betreffs Aufstellung der Kandidaten für den Verbandstag in Halle sowie der ersten Generalversammlung der gemeinsamen Verwaltungsstelle am 2. Februar und gibt zum Schluß die Sätze der neuen Zuschläge, die von der Reichsarbeitsgemeinschaft vereinbart und von dem Tarifamt festgesetzt wurden. Unter Verschiedenes wurden noch vorhandene Mißstände in der Heimarbeit zur Sprache gebracht und auf Abstellung gedrungen. Derartige Fälle sollen durch den Ortsvertrauensmann, der zu gleicher Zeit Mitglied der erweiterten Ortsverwaltung ist, gemeldet werden. Als Mitglied der erweiterten Ortsverwaltung und Vertrauensmann von Obershausen

wurde Kollege Otto Bürkel bestimmt. Hierauf erfolgte Schluß der von 25 Kollegen besuchten Versammlung.

**Offenbach a. M.** Am 22. Januar tagte im Stadtgarten die letzte Generalversammlung der Verwaltungsstelle der Mitglieder der Stadt Offenbach. Unter den zirla 700 Anwesenden befand sich ein erheblicher Teil Kollegen aus den nächstliegenden Ortschaften. Kollege Wurm erklärte die Zusammensetzung der neu gebildeten Ortsverwaltung und erinnert an die am 2. Februar stattfindende erste Generalversammlung der nunmehr gemeinsamen Verwaltungsstelle Offenbach. Dem starken Besuch der Versammlung Rechnung tragend, gibt er die von der Reichsarbeitsgemeinschaft vereinbarten und von dem Tarifamt bestätigten Teuerungszuschläge bekannt.

Für den im März stattfindenden Verbandstag in Halle gibt Wurm die von der erweiterten Ortsverwaltung für die Aufstellung der Kandidaten festgesetzten Richtlinien bekannt. Danach sollen zwei Kollegen vom Land und zwei von der Stadt gewählt werden und ersucht er die Offenbacher Mitglieder im Interesse unserer ländlichen Kollegen diese Richtlinien bei der Wahl einzuhalten. Kollege Galm erinnert daran, daß die für den verlossenen Verbandstag in Nürnberg gewählten Delegierten nicht im Sinne der Mehrheit ihrer Wähler dort ihre Vertretung ausüben hätten, wie der Beschluß der Mitgliederversammlung bewies, in welcher die Berichterstattung von Nürnberg entgegengenommen wurde. Er wünscht, daß andere Kandidaten aufgestellt werden, die im Interesse der Klassenbewußten Arbeiter auf dem kommenden Verbandstag dahin wirken, daß die Mehrheit, die uns in den Krieg geholt hat, beseitigt wird. Kollege Anfermann verteidigt die Haltung der Nürnberger Delegierten, die dort im Interesse der Mitglieder gute gewerkschaftliche Arbeit verrichteten und es abgelehnt hatten, Parteistreitigkeiten zu fördern. Kollege Wurm weist darauf hin, daß die Kollegen, die damals mit der Haltung der Nürnberger Delegierten nicht einverstanden waren, durch ihren Beschluß demzufolge auch nicht mit der Zusammenlegung der Verwaltungsstellen des Offenbacher Industriebezirks zu einer einheitlichen Verwaltungsstelle, ferner mit der Herabsetzung der Karenzzeit in Krankheitsfällen, sowie mit der Regelung der Beitrags- und Unterstützungsfragen nicht einverstanden waren, alles Dinge, die für uns eine absolute Notwendigkeit bedeuten. Zu den von der erweiterten Ortsverwaltung vorgeschlagenen Kandidaten, und zwar die Kollegen Drehl aus Nechenheim, Bernhard aus Mühlheim, Wurm und Reble aus Offenbach, wurden aus der Versammlung noch die Kollegen Galm, Höll und Frisch Hartung vorgeschlagen, von denen die beiden letzten nachträglich ihre Kandidaturen zurückzogen.

Kollege Wolter gibt die Abrechnung vom Ball, die mit einem Ueberchuß von 731,85 Mk. abschließt, sowie die Abrechnung vom 4. Quartal 1919, welche eine Einnahme von 30 206,20 Mk. aufweist, der folgende Ausgaben gegenüberstehen: für Erwerbslosenunterstützung 998,75 Mk., Kosten für die Durchführung des Reichstaxtarifs 861,82 Mk., örtliche Verwaltung 6745,73 Mk., an die Bezirkskasse 3679,90 Mark und an die Hauptkasse gefandt 17 924 Mk. Die Lokalkasse weist einen Bestand von 2510,03 Mk. auf. Die Mitgliederzahl erhöhte sich von 2056 auf 2322 männliche und von 838 auf 936 weibliche, eine Zunahme von insgesamt 864 Mitglieder, diejenige der Jugendabteilung von 104 auf 118 Mitglieder.

Von den männlichen Mitgliedern gehören 16 Kollegen dem Verbands schon über 25 Jahre an, die namentlich verlesen wurden. Weiter gehören dem Verbands an: 77 männliche 21—25 Jahre, 396 männliche und 2 weibliche 16—20 Jahre, 304 männliche und 15 weibliche 11—15 Jahre, 368 männliche und 36 weibliche 6—10 Jahre, 436 männliche und 246 weibliche 2—5 Jahre und 725 männliche und 637 weibliche Mitglieder, die erst im Jahre 1919 eingetreten sind.

Anschließend an diese Statistik gibt Kollege Höf bekannt, daß der Vorsitzende, Kollege Wurm, heute seinen 60. Geburtstag begeht; er erinnert an die Verdienste desselben insbesondere für die Kollegen unseres Berufs und wünscht, daß es ihm vergönnt sein möge, noch lange im Interesse des Verbandes zu wirken. Die Anwesenden nahmen warmen Anteil an dieser Ehrung. Kollege Wurm dankt den Anwesenden, er erinnert daran, wie schwer der Kampf in früheren Zeiten war, als die Kollegenchaft noch ein kleines Häuflein war. Seit 28 Jahren stehe er im wirklichen Klassenkampf. Wir brauchen eine einheitliche Organisation, ganz egal, was für eine Staatseinrichtung wir haben.

Kollege Mahrenig gibt den Kartellbericht, in welchem es sich hauptsächlich um die Erweiterung des Gewerkschaftshauses handelt. Zur Aufbringung der Kosten soll jedes Mitglied in Offenbach einen einmaligen Beitrag von 2 Mk. leisten. Die Versammlung stimmt dem Vorschlag zu. Hierauf Schluß der anregend verlaufenen Versammlung.

**Gewerkschaftliche Rundschau.**

Internationaler Transportarbeiterkongress. Am 15. März wird in Kristiania ein internationaler Transportarbeiterkongress eröffnet. Es dürfte aller Wahrscheinlichkeit nach auf diesem Kongress recht heiß hergehen und kann die Sicherlegung der Föderation von Deutschland nach einem anderen Lande als sicher gelten.

**Ortsverwaltung Berlin.**

Die Delegiertenwahl zum Verbandstag in Halle findet statt:

am **Sonnabend, den 7. Februar**, von 12—6 Uhr nachmittags, in folgenden Lokalen:

- Spandau, Wahllokal Steinweg, Bismarckstr. 8.
- Neukölln, Wahllokal Schmidt, Münchener Str. 28.
- Berlin O., Wahllokal Krumbach, Warschauer Str. 61.
- Berlin N., Wahllokal Dahms, Schlegelstr. 9.
- Berlin SO., Wahllokal Dieberstein, Adalbertstr. 59.
- Berlin SW., Wahllokal Rathmann, Wilhelmstr. 118.
- Berlin S., Wahllokal Klude, Ritterstr. 32.

Wer 8 Wochen und länger mit seinen Beiträgen im Rückstand ist, hat kein Wahlrecht.

Arbeitslose und Streikende haben ihre beiden Kontrollkarten mitzubringen.

Verbandsbücher und Kontrollkarten werden im Wahllokal abgestempelt.

Die Wahlvorsteher sind angewiesen, jeden Kollegen oder jede Kollegin, die ihren Verpflichtungen in der Beitragszahlung oder Legitimation nicht nachkommen, von der Wahl auszuschließen.

Da 5 Delegierte zu wählen sind, darf kein Stimmzettel mehr als 5 Namen enthalten, nicht gewünschte sind zu durchstreichen.

Weniger als 5 Namen sind zulässig.

Die Ortsverwaltung.

**Verwaltungsstelle Offenbach a. M.**

Die Delegiertenwahl zum Verschmelzungs-Verbandstag in Halle findet am Sonntag, den 22. Februar, vormittags von 10 bis 12 Uhr, in folgenden Lokalen statt:

- Offenbach: Restauration „Bavaria“ und Gewerkschaftshaus;
- Würgel, Stadtteil: „Zur Post“ in Würgel;
- Wieber: „Zur Wiener Spitz“;
- Bischofsheim, Dörnigheim, Hochstadt: „Zum grünen Baum“ in Bischofsheim;
- Dietesheim: „Zur Stadt Offenbach“;
- Dieffenbach: bei Hafferbert (Saalbau);
- Enkheim, Bergen: bei Ernst „Zum Schwan“ in Enkheim;
- Fechenheim: „Zum weißen Löwen“.
- Hausen: „Gasthaus zum Engel“;
- Heusenstamm: „Zum grünen Baum“;

Gainhausen, Rembrücken: „Zur Eisenbahn“ in Gainhausen;

Neu-Flensburg und Spremlingen: „Darmstädter Hof“ in Neu-Flensburg;

Jügesheim und Dudenhofen: bei Kern „Zum Stern“ in Jügesheim;

Mühlheim und Lammerspiel: bei Schneider „Zum Henfeldtöpfe“ in Mühlheim;

Obertshausen: bei Kaplar Witth „Zur Sonne“.

Stumpenheim: „Zur Stadt Offenbach“;

Weiskirchen: „Zum Forsthaus“.

Mitgliedsbuch oder Karte ist bei der Wahl mitzubringen. Ohne dieses darf kein Mitglied an der Wahl teilnehmen. Wer länger als acht Wochen mit seinen Beiträgen im Rückstand ist, hat kein Wahlrecht. Stimmzettel werden im Wahllokal ausgegeben.

Die Ortsverwaltung.

**Verfammlungskalender.**

Gera-Gotha. Versammlung jeden ersten Sonnabend im Monat.

**Sterbetafel.**

Offenbach a. M. Johannes Fleckenstein aus Würgel, 66 Jahre alt.  
Berlin. Reinh. Platon, Tischner, 82 Jahre alt.  
Ehre ihrem Andenken.

**Sattler**

nur feine Handnäher, die auf Handkoffer (Suitcases) mit und ohne Einrichtung, eingearbeitet sind, stellen wir noch ein. Nur Weiber, die eine hochwertige Sattlerarbeit zu liefern imstande sind, wollen sich melden.

**C. Leschen & Co., Lederwaren-u. Kofferfabrik, Köln-Nippes, Geldernstr. 46.**

**Spezialisten**

auf Mantelbügel-, Steg- und dergleichen Reisetaschen stellen ein

**C. Leschen & Co., Köln-Nippes, Geldernstraße 46.**

**10 tücht. Portefeuller**

bei hohem Lohn gesucht.

**Max Kahn, Lederwarenfabrik, München-Sendling, Daiserstr. 15.**

**Prima Lederriemen,**

ca. 16—18 cm lang, mit Schnalle, Preis à 10 Pf. Versand nicht unter 200 Stk. per Nachnahme.

**U. Menter, Essen-Ruhr, Rellinghauserstr. 10.**

**Erstklassig. Schärfer oder perfekte Schärferin**

für Fortuna-Maschine bei hohem Lohn und in dauernde Stellung per sofort gesucht.

**Gustav Panhorst, Lederwaren, Hemelingen-Bremen.**

**Größerer Posten**

**Harnischfäden**

in Längen von zirka 1 1/2 Mtr. geschn. u. gebündelt, hat preiswert abzugeben

**Joh. Deckelmann, Hamburg 11.**

Die besten Werkzeuge für Sattler, Portefeuller und Tapezierer liefert als Spezialität

**Bruno Steffen, Berlin SW. 19, Lindenstr. 63.**

Gegründet 1880.

Preislisten S. P. gratis und franko.

**Fachbücher für Sattler.**

Bergerhoff, Der moderne Tapezierer, broschiert 11,65 M., gebunden 14,65 M.

Bücheler, Das praktische Polstern, gebunden 11,40 M.

Bücheler, Wie legt und behandelt man Linoleum, gebunden 4,80 M.

Heilborn, Das deutsche Sattlerhandwerk. In Mappe 25,25 M.

Kausch, Der praktische Sattler, broschiert 18,40 M., gebunden 22,25 M.

Reibstahl, Der Automobil- und Luftschiffattler, broschiert 6,80 M., gebunden 8,55 M.

Reuter, Die Schule des Tapezierers, broschiert 11,65 M., gebunden 16,45 M.

Bei Einbindung des Betrages portofreie Zusendung.

Für Postnachnahme 65 Pf. Zuschlag.  
**Joh. Sassenbach, Berlin 16, Engelauer 15.**

**Suche per sofort**

**einige perfekte Portefeuller**

**Gustav Panhorst, Lederwarenfabrik, Hemelingen-Bremen.**

Zur Bedienung der Moens Kantennähmaschine suchen wir für sofort einen mit der Handhabung durchaus vertrauten und eingearbeiteten Sattler.

**Engelhard & Co., Lederwarenfabrik, Münster i. W.**

**Für dauernd werden gesucht:**

**Tücht. Schärfer(in) und Zuschneider(in)**

Fortunamaschine

womöglich Portefeuller

Stundenlohn 3,50 Kr., Verheiratete 4 Kr. Ueberstunden 5—6 Kr. Reise und Umzug wird vergütet.

Offerten sind zu richten an

Lederwarenfabrik Maximilian Hauser, Rumburg, Deutschböhmen (1/4 Stunde von der sächsischen Grenze).



**Werkzeuge**  
für Sattler u. Tapezierer  
**MAX BRUCKLACHER.**  
HAMBURG I RATHAUSSTR. 17